Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 358 | Donnerstag, den 27. Dezember | Jahrgang 1928

Coolidge ernennt keine Sachverständigen.

Keine Einwendung gegen Berufung von Amerikanern.

Amerikas Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Reparations-Sachverständigenkonferenz.

:: **Washington**, 24. Dez. Der Doyen des diplomatischen Korps, der britische Botschafter Sir Esme Howard hat heute Staatssekretär Kellogg aufgesucht, um ihm im Namen Deutschlands und der alliierten Regierungen deren Wunsch einer amerikanischen Beteiligung an der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz zur Lösung des Reparationsproblems zu übermitteln. Gleichzeitig fragte der Botschafter an, ob die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, amerikanische Sachverständige zu benennen, die mit den Sachverständigen der sechs Regierungen zusammen arbeiten sollen. Sollte die Regierung der Vereinigten Staaten es vorziehen, die Auswahl der amerikanischen Sachverständigen den sechs Regierungen zu überlassen, so würden diese von der Reparationskommission und der deutschen Regierung gemeinsam ernannt werden.

Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg, der sich gleich nach dem Besuch des britischen Botschafters ins Weiße Haus begeben hatte, haben in den Mittagsstunden des heutigen Tages die Antwort auf das von Sir Esme Howard überreichte Memorandum der deutschen und der alliierten Regierungen formuliert. Als der britische Botschafter nachmittags wiederum im Staatsdepartement erschien, erteilte Staatssekretär Kellogg ihm folgenden Bescheid: Wenn die sechs Regierungen wünschen, daß amerikanische Sachverständige als Mitglieder im Sachverständigenausschuß mitarbeiten, haben die Vereinigten Staaten nichts dagegen einzuwenden, sofern die Auswahl und Ernennung dieser Sachverständigen durch diese sechs Regierungen erfolgt.

Wie Associated Preß erfährt, wird Amerikas Anteil von 2¼ Prozent an den deutschen Reparationen durch die neue Sachverständigenkonferenz nicht berührt werden, da Amerika auch von der jetzt festzusetzenden Gesamtsumme einen gleichen Prozentsatz erhalten werde, der zur Befriedigung der Kriegsentschädigungsansprüche amerikanischer Bürger gegen die deutsche Regierung verwandt wird.

Als für die Ernennung zu Sachverständigen in Frage kommend werden genannt: Owen D. Young, Nelson Perkins, Jeremiah Smith und Henry Robinson. Associated Preß erfährt hierzu in amtlichen Kreisen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gegen keine dieser vier Persönlichkeiten irgendwelche Bedenken habe.

★

Der Reichskanzler zur Reparationsregelung.

Der Sozialdemokratische Pressedienst veröffentlicht folgenden Artikel des Reichskanzlers Hermann Müller:

Das Jahr 1929 wird mit der Einleitung wichtiger internationaler Verhandlungen beginnen. Auf Grund der am 16. September in Genf getroffenen Vereinbarung sollen unabhängige Sachverständige die Endlösung für die deutsche Reparationslast finden, was nur nach eingehender Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands möglich ist, wenn diese Lasten wirklich getragen werden sollen. Auf die Bedeutung dieser Verhandlungen brauche ich im einzelnen nicht einzugehen. Ich habe das erst am 12. Dezember in einer öffentlichen Rede beim „Verein Berliner Presse" getan, in der ich gleichzeitig betonte, daß Deutschland auf die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete ein Recht habe.

Mir ist gelegentlich der Vorwurf gemacht worden, daß diese Rede, die ich als Reichskanzler gehalten habe, keine sozialdemokratische Rede gewesen sei. Die französische bürgerliche Presse hat dagegen gleichzeitig behauptet, daß das nicht die Rede eines deutschen Staatsmannes, sondern eines Parteimannes gewesen wäre. Der Reichskanzler, der die Aufgabe hat, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, damit das parlamentarische System durchgeführt werden kann, wird nicht immer Reden halten können, die jeder Partei gefallen, die in der Regierung vertreten ist. Von der Rede, die ich am 12. Dezember gehalten habe, darf ich aber sagen, daß sie ebensogut von jedem sozialdemokratischen Parteiführer gehalten werden konnte. In der Forderung der Räumung der besetzten Gebiete, und zwar im Interesse der dauernden Befriedung Europas, in der Betonung des kerndeutschen Charakters der Saarbevölkerung, in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes auch für die deutschen Stämme im Reich und in Oesterreich ist sich die deutsche Sozialdemokratie mit dem gesamten deutschen Volk einig. Die Behandlung der Deutschen als Gleichberechtigte gehört auch zu den Sicherungen, die zu einem Dauerfrieden notwendig sind. Für einen Dauerfrieden ist es aber auch notwendig, daß, wie Briand sagt, endlich alle Reste aus der Kriegszeit liquidiert werden. Dazu gehört auch, daß endlich festgesetzt wird, was Deutschland zu zahlen hat.

Der frühere französische Finanzminister Klotz, der den Vertrag von Versailles mitunterschrieben und augenblicklich in Untersuchungshaft sitzt, sagte einst: Die Boches werden alles zahlen. Jeder nüchtern denkende Wirtschaftler hat inzwischen eingesehen, daß kein Land alle Kriegslasten allein übernehmen kann. Immer mehr hat sich der von Norman Angel geprägte Satz als richtig herausgestellt: „Der Krieg ist eine falsche Rechnung." In Deutschland folgte auf Krieg und Blockade die Zeit der Inflation. In ihr wurden große Vermögen vernichtet. Der deutsche Mittelstand wurde zum großen Teil enteignet, die Sparguthaben der Arbeiter, Angestellten und Beamten schmolzen dahin. Gewiß hat sich die deutsche Wirtschaft seit 1924 wieder erholt. Das geschah durch den Fleiß und die Intelligenz der deutschen Arbeiter und Angestellten, aber auch mit Hilfe im Auslang geborgter Kredite. Wenn die Sachverständigen die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft feststellen wollen, müssen sie eine ernsthafte Prüfung vornehmen, um zu erkennen, was aus eigener Kraft geleistet werden kann. An dieser Untersuchung haben alle Teile des deutschen Volkes das größte Interesse. Die Lösung muß so erfolgen, daß die deutsche Währung gesichert und eine neue Inflation unter allen Umständen ausgeschlossen bleibt. Durch letztere würden die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger wiederum am schwersten getroffen werden. Wenn es im Jahre 1929 gelingen sollte, in den noch strittigen Fragen für die Völker Europas die Lösung zu finden, so würde sich das deutsche Volk nach Wiedergewinnung seiner politischen Freiheit mit ganzer Kraft für den Wiederaufbau im Innern und für den Frieden nach außen einsetzen können. Möge in diesem Sinne das Jahr 1929 glückbringend sein!

Die französische Rüstung und Deutschland.

Auseinandersetzung im französischen Senat.

() **Paris**, 24. Dezember.

Die Generaldiskussion über das Heeresbudget im Senat gab heute vormittag Anlaß zu einer Auseinandersetzung zwischen Senator de Jouvenel und Kriegsminister Painlevé. De Jouvenel führte aus: In unserem Lande sind die friedlichen Gefühle nicht das Monopol irgendeiner Partei, aber eine Tatsache kann man nicht außer acht lassen, nämlich das zeitliche Zusammenfallen der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes und die Entwicklung der französischen Rüstungen. In dieser Hinsicht ist übrigens die Lage bei den anderen Nationen die gleiche, und niemand hat das Recht, auf Frankreich den ersten Stein zu werfen. Dieser Widerspruch ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß wir in einer Uebergangsperiode leben. Es hat niemals zu gleicher Zeit so viele Kriegsaussichten und Friedensmöglichkeiten beieinander gegeben.

Wir fragen den Kriegsminister: Wohin führen Sie uns? Wir fürchten, daß er uns nach der Vergangenheit hin führt, die wir nicht wollen.

In der Kammer hatte der Kriegsminister auf die Angriffe gegen sein Budget damit geantwortet, daß er darauf hinwies, daß unter Berücksichtigung aller Erwägungen das Budget nicht die Ziffern von 1913 übersteigt. Aber gerade das können wir nicht unbemerkt hingehen lassen. Zweifellos muß man unser Land gegen die Kriegsgefahr sichern, aber man muß es auch gegen die Gefahren der wirtschaftlichen Konkurrenz sichern.

Achtzig Prozent unserer budgetären Ausgaben sind unproduktiv,

nämlich für Schulden und Militärausgaben vorbehalten. In Deutschland übersteigt die entsprechende Verhältniszahl nicht sechzig Prozent, ungeachtet allerdings die Sachlieferungen, die eine außergewöhnliche Prämie für die industrielle Produktion darstellen. Dem Anschein nach, wenigstens in den Augen der Welt bezahlt also Frankreich die höchste Sicherheitsprämie in Form von Militärausgaben. Ist aber um diesen Preis unsere Sicherheit wenigstens gesichert? Die deutschen modernen Kriegstheoretiker sind der Ansicht, daß eine kleine, gutbewaffnete Truppe, die über sämtliche vervollkommneten Zerstörungsmittel verfügt, ein größeres, aber gut ausgerüstetes Heer zum Kanonenfutter machen würde. Mit der kurzfristigen Dienstzeit, mit den Gefahren des Transports von afrikanischen Truppen zu Beginn eines Krieges würde Frankreich also in Wirklichkeit nur über Bestände verfügen, die gegenüber Deutschland, dessen Bestände immer bereit und vollständig sind, nicht ausreichen würden.

Hat nicht General Nollet erklärt, daß der Versailler Vertrag Deutschland mit dem wirklich modernsten Heer ausgestattet hat?

In zehn Jahren wird außerdem die Geburtenkrise in Frankreich ihre volle Auswirkung zeigen. Paul-Boncour hat das Einstellen der Rüstungen gefordert. Wie bringt er das in Einklang mit der Erhöhung der französischen Militärausgaben? Man darf nicht zulassen, daß in Genf Verpflichtungen übernommen werden, die man in Paris nicht entschlossen ist einzuhalten.

Kriegsminister Painlevé rief dazwischen: Es ist keinerlei Verpflichtung übernommen worden!

De Jouvenel fuhr fort: Wenn im kommenden März Frankreich nicht die Beschränkung der Rüstungen vorschlägt, dann wird es die Wiederaufnahme des Wettrüstens legitimiert haben. Deutschland dwird davon Notiz nehmen und die gesamte deutsche Nation in seine Kaders einfügen. — Senator Josse rief dazwischen: Welch' prächtige Rede für unsere Feinde im Ausland! De Jouvenel erwiderte: Man ist seinem Lande vor allem die ganze Wahrheit schuldig. Der Sieger, der seinen Sieg organisieren will, muß den Frieden organisieren.

Kriegsminister Painlevé antwortete: Frankreich hat in Genf nicht Verpflichtungen übernommen, sondern Initiativen ergriffen, und es ist nicht sein Fehler, wenn diese Initiativen wirkungslos blieben. De Jouvenel schien für ein Berufsheer einzutreten; ein derartiges Heer ist aber nicht ein Heer der nationalen Verteidigung. Ein Berufsheer würde auch nicht billiger zu stehen kommen als ein Nationalheer. Ich, rief Painlevé aus, bin 1925, nachdem das Genfer Protokoll gescheitert war,

für das System der östlichen Pakte eingetreten,

aus denen sich die Locarno-Politik ergeben hat. Man kann mich also nicht beschuldigen, alle Möglichkeiten zur Herabsetzung der Rüstungen außer acht gelassen zu haben. Man hat auf den Friedenspakt angespielt, um ihn mit den französischen Militärausgaben in Gegensatz zu bringen. Präsident Coolidge, der diesen Pakt anregte, hat doch selbst kürzlich geschrieben, daß die Länder, die ernstlich ihre Verteidigung organisieren, am besten dazu beitragen, den Frieden zu garantieren, und daß die Katastrophe von 1914 früher ausgebrochen wäre, wenn die bedrohten Länder sich nicht geschützt hätten. Wir werden diesen Worten, die dem gesunden Menschenverstand entsprechen, treubleiben.

Senator General Stuhl (radikale Linke) erklärte: Auch in Deutschland sind viele Leute gegen den Krieg. Aber die Erfahrung zeigt, daß die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht sich ändern kann.

Gewisse Verbesserungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in Deutschland in den letzten zehn Jahren stimmen nachdenklich.

Schützen wir uns vor Ueberraschungen! Der Berichterstatter des Budgets, Senator Mahieu, forderte übrigens besonders nachdrücklich die Befestigung der französischen Nord- und Ostgrenzen.

Neues Einsturzunglück in Frankreich.

Acht Tote.

◇ **Saumur**, 25. Dez. **Gestern abend brach der in Eisenbeton aufgeführte Neubau einer Geschützgarage für die Kavallerieausbildungsschule zusammen. Vier italienische und vier französische Arbeiter wurden getötet, fünf Arbeiter wurden schwer verletzt. Nach Ansicht der Sachverständigen ist die Holzverschalung des Betonbaues zu früh entfernt worden, da der Beton mindestens 21 Tage zur Erhärtung brauche, die Verschalung aber trotz des feuchten Wetters bereits am 17. Tage entfernt worden sei.**

Bei dem eingestürzten Neubau handelt es sich um einen in Eisenbeton ausgeführten 80 Meter langen und 20 Meter hohen Schuppen. Die Bauarbeiten standen kurz vor dem Abschluß und 20 Arbeiter waren nur noch mit der Inneneinrichtung beschäftigt. Am Montag nachmittag wurden die Arbeiter plötzlich durch ein dumpfes Knacken in den Wänden aufgeschreckt. Kurz darauf brachen die Mauern, die Decke, die Verschalung und die Träger wie ein Kartenhaus zusammen. In wenigen Augenblicken wurden die Rettungsmannschaften organisiert, an denen sich vor allem die Besucher der Kavallerieschule und die Feuerwehr von Saumur tatkräftig beteiligten. In Saumur sind als Zeichen der Trauer alle öffentlichen Weihnachtsfeiern abgesagt worden.

Bei einem Neubaueinsturz in Lille verunglückten drei Arbeiter, die teilweise mit schweren Schädelverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

Ein weiterer Neubaueinsturz wird aus Lille-Noble bei Donai gemeldet, wo gleichfalls drei Arbeiter schwere Verletzungen davontrugen.

Schändung von Soldatenleichen auf Höhe 304.

× **Paris**, 24. Dez. Wie der „Ami du Peuple" aus Verdun meldet, sind dort zwei Lumpensammler in dem Augenblick überrascht worden, als sie Soldatenleichen auf der Höhe 304 ausgruben und ausplünderten. Die beiden Unmenschen wurden sofort verhaftet.

Militärpolitische Aktivität im Baltikum.

Von unserem Korrespondenten.

◇ **Riga**, im Dezember.

Man kann sich denken, mit welchem Interesse und mit welchen Gefühlen man in Moskau die „Besuchs"-fahrten des französischen Generals Le Ronds durch die südrussischen Grenzstaaten beobachtet hat. Die Auslassungen darüber waren aber nicht auf den Ton gestimmt, den man vielleicht erwarten konnte; bei offensichtlicher Zurückhaltung in der Kommentierung an sich war auch die Tendenz der Bemerkungen merklich auf Moll abgestimmt. Die auffällige Art dieses Reagierens liegt aber nicht daran, daß die politische Führung in Moskau sich über die Bedeutung der Vorgänge an ihrer südlichen westlichen Grenze etwa nicht im Klaren ist, sondern es tritt auch in diesen Zusammenhängen nur zu Tage, daß die Sorgen und die Nöte um die Entwicklung der allernächsten Zukunft sich einzig und allein innerhalb der russischen Grenzen konzentrieren, daß hinter diesen Sorgen und Nöten selbst bedrohlichste äußere Situationen zurückstehen.

Vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee — es ist eine geschlossene Kette der Zehnjahrfeiern staatlicher Unabhängigkeit! Vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee fliegen großsprecherische Glückwunschtelegramme und ziehen feierlich befrackte Delegationen hin und her, um sich über die „Unabhängigkeit" (bei schamhaftem Uebersehen der mancherlei Abhängigkeiten) des einst so geknechteten „Brudervolkes" von Herzen mitfreuen zu können. In hochgehendem Freudentaumel so geeint, stehen in den nüchternen Tagen unsentimentaler Politik zu viele der Sonderinteressen gegeneinander, als daß der Gedanke staatlicher Verbundenheit vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee reichen könnte. Nicht einmal in den grundlegenden politischen und wirtschaftspolitischen Gemeinsamkeitsfragen reicht die Uebereinstimmung bis zum Nachbar. Mit der einzigen Ausnahme, wenn es gilt, mehr oder minder eingebildeten Unabhängigkeitsbedrohungen durch militärpolitische Fühlungnahmen und Tuscheleien zu begegnen. Aber auch in diesem Falle treten die Kabinette mehr in den Hintergrund und haben die „Fachkreise" die Führung. Setzt sich doch in diesen Randstaaten die unglückselige Maxime von der Politik mit den andern Mitteln in Reinkultur fort, ganz so wie es sich für gelehrigste Schüler gehört.

In dem Bestreben, vom Westen zum Osten möglichst Barriere und nur nicht Brücke zu sein, tut sich die polnische Außenpolitik mit durchaus bewußter Zielklarheit eindringlichst hervor. Begegnet Polen in diesem Bestreben südlich einer durchaus selbständigen und die polnische Führung ablehnenden Politik, so sieht es die polnische Politik als die ihr von Natur aus zugewiesene Aufgabe an, die nördlichen Randstaaten führend und möglichst in eng verbundener Waffenbrüderschaft zu betreuen. Ist politisch der baltische Fünfbund — mit Einschluß Finnlands also — die Warschauer Lieblingsidee, so ist, nachdem sich diese Kombination als endgültig undurchführbar gezeigt hat, dieser Idee eine andere, aber wohl nicht schlechtere Idee gefolgt: die militärpolitische Hegemonie über Estland und Lettland.

Die ständigen Versicherungen der außenpolitischen Führung Est- und Lettlands unterlassen nie mit größtem Nachdruck zu betonen, daß die Außenpolitik dieser beiden Staaten absolut nur der Erhaltung und Festigung des Friedens in Osteuropa diene und daß irgendwelche gegen diese Friedenspolitik gerichteten Hegemoniepläne im Baltikum auf den schärfsten Widerstand stoßen würden. Es liegt noch keine Veranlassung vor, solchen Erklärungen den Glauben zu versagen; aber die Konstellation in Reval und Riga ist doch derartig, daß solchen Erklärungen an sich nur bedingter Wert beizumessen ist. Allein die historische Schicksalsverbundenheit läßt die nun von der Fremdherrschaft sich befreit fühlenden Nationalvölker enger zusammenstehen; die zahlenmäßige und die territoriale Zwerghaftigkeit dieser Nationalvolkeinheiten schafft auch ungewollt die Voraussetzungen für Selbsterhaltungsbündnisse. Vergegenwärtige man sich einmal die ziffernmäßigen Bevölkerungsverhältnisse dieser Nationalstaaten gegenüber dem Sowjetstaate, und man wird sich nicht mehr über die alles nationale Denken beherrschende Unsicherheit zu wundern brauchen. Eher müßte man sich wundern, daß die Außenpolitik der baltischen Staaten doch noch relativ frei von Sentimentalitäten sich an den gegebenen politischen und wirtschaftspolitischen Tatsachen orientiert, was insbesondere von der lettischen Außenpolitik zu sagen ist.

Will man der Außenpolitik dieser beiden baltischen Staaten noch zugestehen, daß sie objektiv den Gegebenheiten Rechnung trägt, so muß man aber doch auf die starken gefühlsmäßigen polonophilen Neigungen der in der Politik und im sonstigen öffentlichen Leben führenden Persönlichkeiten hinweisen. In Reval und Riga — in der estnischen Hauptstadt aber weit auffälliger, weil in der Meinungsäußerung viel unverhüllter — gibt es nicht ein Amt, nicht eine Behörde oder sonstige staatliche Verwaltung, wo nicht polenfreundliche Einflüsse sich mehr oder minder erfolgreich betätigen. Und wenn irgendwo diese Polenfreundlichkeit ganz ungeniert zu Tage tritt, dann in den estnischen und lettischen Militärkreisen und ihren Presseorganen!

Seit dem Frühjahr diesen Jahres kann man beobachten, daß polnischerseits eine erhöhte Ak-

rivität in der baltischen Politik entfaltet wird. Bei dem gegenwärtigen innenpolitischen Charakter Polens ist es nur natürlich, wenn solche politische Aktivität rein militärisch aufgezogen ist: Polnische Offiziere des Landheeres, polnische Marine und polnische Flieger waren häufige Besucher in Reval und Riga. An der Art der Empfänge und Veranstaltungen war nur zu deutlich abzulesen, welch hochgradige Sympathien diesen polnischen Besuchern entgegengebracht wurden, während die polnischen Abstecher nach Helsengfors beiderseitig als reine Höflichkeitsakte empfunden wurden und dementsprechend auch der Ton war. Wem aber diese häufigen polnischen Besuche im Baltikum für die Konstatierung einer militärischen Annäherung noch nicht genügten, der empfing gelegentlich der lettischen Manöver die unmißverständliche Belehrung, daß zwischen dem lettischen und polnischen höheren Militär bereits eine weitgehende Uebereinstimmung in den Anschauungen und volles Verständnis für eine gewisse gemeinsame Politik besteht.

Wege ndes sowjetischen Militärattachés Sudakow, dessen Sekretär angeblich an einer Spionageaffäre führend beteiligt gewesen sein soll, hatte die lettische Regierung mit der Regierung der Sowjetunion Auseinandersetzungen, die schließlich zur Abberufung der beiderseitigen Militärattachés und gleichzeitig zur Aufhebung dieser Institution führten. Vor der Abberufung des räterussischen Militärattachés aus Riga wurden aber vom lettischen Armeeoberkommando die Einladungen an Militärattachés z uden stattfindenden Manövern verschickt. In der lettischen Rechtspresse und in der Armeezeitung „Latvias Kareivis" wurde zu diesen Einladungen die Meinung vertreten, daß die etwaige Einladung Sudakows ein Affront gegen die durch ihre Militärattachés vertretenen befreundeten Mächte sei. Mehr als gern nahm das lettische Armeeoberkommando auf diese befreundeten Mächte — es ist überflüssig, diese befreundeten Mächte auch noch besonders zu benennen — Rücksicht, sodaß Herr Sudakow den für ihn doch sicherlich interessanten Manövern, die in der Nähe des lettisch-russischen Grenzraumes stattfanden, fernbleiben. Die militärischen Vertreter der befreundeten Mächte waren bei den lettischen Manövern also gänzli chunter sich, einen anfänglichen Mißton brachte nur der estnische Militärbesuch hinein, der erst in zwölfter Stunde und um si cheiner peinlichen Situation zu entziehen eingeladen worden war. Als bevorzugte Gäste behandelte die lettische Manöverleitung offensichtlich die polnischen Militärs. Waren diese polnischen Offiziere hohen Lobes voll über die Manöverleistungen der lettischen Armee, so hielten auch die lettischen Offiziere in ihren Tisch. und sonstigen Trinkreden nicht mit ihren Meinungen zurück. Sie sahen im Geiste die geeinten Armeen Heldentaten auf ruhmreichen Schlachtfeldern vollbringen. Den deutlich hinweisenden Worten führender lettischer Militärs folgte die Armeezeitung getreulich nach in der Verherrlichung des lettischen Heeres, das gegen die östliche Bedrohung immer schlagbereit zu wachen habe. Tiraden, die überall die gleichen sind und aus denen sich schließlich die Brandatmosphäre entwickelt, die von einem zum andern Tage die Völker in namenloses Unglück stürzt!

Daß dieser brandgeruchige Ton heldisch begeisterter Militärs in Riga und in Warschau ein Echo gefunden hat, zeigt ein Blick in die Presse. Ein polnischer Politiker, man spricht nur von einem „gut unterrichteten" und ohne seinen Namen zu nennen, nimmt die gute Gelegenheit beim Schopfe und läßt sich durch den Korrespondenten der Rigaer „Sfewdnja", dem schroff antibolschewistischen Emigrantenblatt Rigas, also vernehmen: „Polen kann, ohne irgendwelche aggressiven Pläne zu haben, den Optimismus inbezug auf die Dauerhaftigkeit des Friedens nicht teilen. Wir wollen keine Prophezeiungen inbezug auf die Dauer des Bolschewismus machen, aber im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten sind jegliche Ueberraschungen wahrscheinlich. Man muß sie voraussehen, sich darauf vorbereiten. Wenn der Bolschewismus dem Sturze nahe sein wird, so ist ein militärisches Vorgehen gegen den nächsten Nachbarn als letzte Chance nicht ausgeschlossen." Und in diesem Zusammenhange wird noch die ukrainische Frage angeschnitten und offen ausgesprochen, daß Polen alles unterstützen und stützen wird, was einen selbständigen ukrainischen Staat, eine Ukraine, „die nicht nach Osten sondern nach Westen tendiert", verwirklichen könnte. „Ohne Rußland irgendwie feindlich gesinnt zu sein, kann Polen es doch nicht für seine Aufabe halten, die Einheit und Integrität des gegenwärtigen russischen Staates zu stützen, selbst wenn die Nationen, die Rußland bevölkern, das nicht wünschen." Diese polnischen Pläne brauchen die militärische Flankenstützung des Baltikums; wobei der baltischen Politik eingeredet wird, daß dem Baltikum aus solcher vorbedachten Entwicklung größte Unabhängigkeitssicherung und möglichster Wirtschaftsaufstieg erblühe. Die baltischen Staaten hinwiederum sehen mit der augenblicklichen innerrussischen Krise Gefahren für die eigene Unabhängigkeit verbunden, auf die die Rigaer Presse anläßlich der Revalreise des lettischen Außenministers offen hingewiesen hat. „Jaunakas Sinas" schrieben in politischer Kommentierung der Revaler Außenministerbesprechung: „Besonders jetzt, da wieder ernste Gerüchte über eine beginnende Krisis im Osten auftauchen, muß sich das politische und militärische Bündnis Lettlands und Estlands umso enger gestalten. Es darf nicht durch irgendwelche kleinen Mißverständnisse gestört werden, auch nicht unter den einzelnen Herren vom Militär." Um dieses militärische Einverständnis zwischen Est- und Lettland zu fördern, reiste denn auch der estnische Kriegsminister, General Reek, für einige Tage nach Riga und nahm die Gelegenheit wahr, um sich in den lettländischen Garnisonen umzusehen und eine Reihe eingehender militärpolitischer Besprechungen mit hohen und höchsten und auch mit Zivilpersonen durchzuführen. Eine Vertiefung des an sich bestehenden Bündnisses zwischen Estland und Lettland bedeutet aber bei verstärkten polnischen Einflüssen in Riga die Herstellung einer gemeinsamen antirussischen Front von Reval über Riga nach Warschau.

Unter dem Vorwande des Eigenschutzes sehen wir eine militärische Blockbildung von Reval bis Warschau sich anbahnen. Die innerrussische Krise macht auch das Polen sonst nicht so ganz gefügige Lettland diesen Gedankengängen zuneigender, wenn auch die offizielle Außenpolitik Lettlands die Version von der unbedingten Neutralität aufrecht erhält. Von diesen Vorgängen in so breiter Ausführlichkeit gesprochen zu haben bedeutet nicht eine Ueberschätzung dieser Angelegenheit, wie auch vor übertriebenen Kombinationen und übereilten Schlußfolgerungen durchaus zu warnen ist! Aber wir haben ja die Erfahrung hinter uns, daß militärische Aktivität ganz unversehens zu folgenschweren Ereignissen führen kann. Insbesondere, wenn dieser Aktivität der Militärs keine Zügel durch eine verantwortungsbewußte Außenpolitik angelegt werden.

So kam es hier nur darauf an, auf die unheilvollen Kräfte am Werke der Barriere gegen Osten hinzuweisen. Wobei die Hoffnung noch ausgesprochen sein mag, daß dieser Hinweis die militärischen politischen Aktionen dämpfen und dafür die vernunftgemäße baltische Außenpolitik aktiver gestalten möchte!

Hatte Benoit Helfershelfer?

Haussuchungen im Elsaß.

☒ **Paris,** 26. Dez. Nach der „Liberté" sind in Straßburg, besonders in den autonomistischen Kreisen, die der Haegy-Presse nahestehen und mit Ricklin und Rosse Fühlung haben, Haussuchungen vorgenommen worden. Man habe Verhöre angestellt, um die Gründe in Erfahrung zu bringen, aus denen erst so spät der Polizei das Schreiben zur Verfügung gestellt worden sei, das Benoit von Le Mans aus am 18. Dez. abgesandt habe. Der Kolmarer Generalstaatsanwalt hat sich nach Paris begeben, um mit dem Pariser Generalstaatsanwalt Fühlung zu nehmen. Laut „Liberté" sollen beide dahin übereingekommen sein, daß die Untersuchung im Elsaß geführt werden müsse, weil wahrscheinlich dort die Helfershelfer Benoits oder die Anstifter des Attentats auf Fachot sich aufhielten.

★

Generalstaatsanwalt Fachot außer Gefahr.

((**Paris,** 24. Dez. Generalstaatsanwalt Fachot ist nunmehr außer Gefahr. Der mit der Untersuchung des Attentats betraute Richter erhielt aus Straßburg neun Briefe Benoits, von denen vier an seine Frau und vier an elsässische Zeitungen gerichtet sind, während der letzte Brief in Le Mans abgestempelt wurde.



Der schwer verletzte General-Staatsanwalt Fachot.



Der Attentäter Benoit.

Die Zeitung „Der Elsässer", der Straßburger Ableger des Elsässer Kuriers des Abbe Haegy (Kolmar), bringt heute, wie die Agentur Havas aus Straßburg berichtet, den Wortlaut des Briefes zum Ausdruck, den sie von Georges Benoit am vergangenen Sonnabend erhalten hat. Sie bemerkt einleitend, sie habe in der vergangenen Woche einen anonymen Brief erhalten, dem sie keinerlei Bedeutung beilegte, da er in ganz vagen Ausdrücken gehalten gewesen sei. Man habe ihn daher in den Papierkorb geworfen. Wenn das Blatt auch nur den geringsten Argwohn hinsichtlich des tragischen Ausgangs dieses unvernünftigen Briefes gehabt hätte, hätte es natürlich die Behörde sofort verständigt. Erst als die Polizei einen zweiten Brief, der diesmal die Unterschrift Benoit trug, beschlagnahmte und in Anwesenheit des Bevollmächtigten der Zeitung am letzten Sonnabend öffnete, habe man sich des seinerzeit erhaltenen und in den Papierkorb geworfenen Briefes erinnert. Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Wie ich Ihnen mitteilte, ist meine Tat jetzt vollbracht. Ich stelle mich dann der Justiz. Mein Leben ist verloren. Ich opfere es mutig und gern für unser liebes Vaterland, das nicht länger leiden will und kann. Ihr Weg muß der sein, auf den ich Sie beim letzten Mal hinwies: Wahrheit und Gerechtigkeit. Helfen Sie meiner armen Frau, damit sie in ihrer Verzweiflung nicht ein Unglück anrichtet. Wir liebten uns sehr, aber Gott hat es anders gewollt. Ich war für eine größere Sache bestimmt, dazu, das Glück einer größeren Familie zu suchen. Glückliche Weihnachten. Benoit."

★

Das Verfahren gegen Roß.

☒ **Paris,** 26. Dez. Nach einer von Havas veröffentlichten amtlichen Mitteilung hat der Justizminister angeordnet, daß der Fall des Autonomisten Dr. Roos mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit von dem Schwurgericht des Departements des Oberrheins einem anderen Schurgericht zur Verhandlung überwiesen wird. Die Beleidigungen und Drohungen, die seit dem 12. Juni gegen die richterlichen Beamten und gegen die Geschworenen erhoben worden sind, haben, so wird in der Begründung der Maßnahme ausgeführt, nicht nur einen Agitationszustand geschaffen, der der Durchführung einer freien und unparteiischen Rechtsprechung zuwiderläuft, sondern hatten auch einen Mordversuch gegen den Generalstaatsanwalt zur Folge, der im Kolmarer Autonomistenprozeß als öffentlicher Ankläger aufgetreten war.

★

Die neue katholische Partei im Elsaß.

× **Paris,** 24. Dez. Die neue, in deutscher Sprache gehaltene Zeitung der von der elsässischen republikanischen Volksvereinigung abgesplitterten nationalen elsässischen Volksaktion (Partei Oberkirch-Burgeois) „Le Messager d'Alsace" (Elsässischer Bote), die eigentlich erst am 1. Januar erscheinen sollte, hat, wie dem „Journal" aus Straßburg berichtet wird, gestern eine Sonderausgabe herausgebracht, in der das Manifest der neuen Partei abgedruckt wird. Nachdem darin ein gutes Teil Verantwortung dafür, daß zehn Jahre nach dem Waffenstillstand die französische Nationalität Elsaß-Lothringens durch einen Teil der öffentlichen Meinung in der Welt wieder in Frage gestellt sei und sich daraus neue Kriegsgefahren ergäben, auf gewisse Führer der alten republikanischen Volksvereinigung geschoben wird, spricht sich das Manifest für die Zweisprachigkeit, für eine durchgreifende Verwaltungsorganisation, für eine Reform der kommunalen Steuern, für die Zulassung der Elsässer zu den höchsten Posten in den verschiedensten Verwaltungszweigen, für alle Erleichterungen im Grenzverkehr und für eine durchgreifende Sozialreform aus. Wir sind entschiedene Gegner der Laiengesetzgebung, heißt es dann weiter. Wir fordern die restlose Einhaltung der Versprechen der Regierung, die von Kammer und Senat ratifiziert worden sind, und zwar um so nachdrücklicher, als die Entwicklung der autonomistischen Politik im Elsaß in sehr ernster Weise unsere religiösen Freiheiten bedroht.

In derselben Sonderausgabe des Blattes wird ein Brief des Straßburger Bischofs Monsignore Ruch veröffentlicht, worin dieser den Gläubigen die Lektüre einer katholischen Zeitung empfiehlt, die „alles vermeidet, was in anderen deutschsprachigen Zeitungen die französische Seele hervorragender Elsässer schmerzlich verletzt hat".

Bischof Ruch, der früher Militärgeistlicher war, ist ein Gegner der aus dem früheren elsässischen Zentrum hervorgegangenen Elsässischen Volkspartei. Sie ist ihm nicht französisch genug.

★

Die falschen Beschuldigungen des „Journal" gegen Deutschland.

:: **Paris,** 24. Dez. Im Auftrage des deutschen Botschafters suchte Gesandtschaftsrat Dr. Kühn den französischen Pressechef am Quai d' Orsay, Bargeton, auf, um sich mit ihm über die falschen Beschuldigungen des „Journal" gegen Deutschland als geistigen Urheber des Fachot-Attentates zu beschweren. Bargeton hat, wie der Vertreter der Telegraphen-Union hört, dem deutschen Vertreter die Zusage gegeben, diesbezügliche Schritte beim „Journal" zu unternehmen.

Vor Landtagswahlen in Lippe.

Um 21 Mandate kämpfen zehn Parteien!

:: **Detmold,** 26. Dez. Am Sonntag, 6. Januar, finden in Lippe die Neuwahlen zum Landtag statt. Um die 21 Mandate, die das lippische Volk zu vergeben hat, bewerben sich nicht weniger als zehn Parteien, und zwar Sozialdemokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum, Volksrechtpartei, Wirtschaftspartei, Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei, Nationalsozialisten und Kommunisten. Zum ersten Male wurde eine eigene Liste von der Zentrumspartei eingereicht; diese hofft durch die mit der Volksrechtspartei eingegangene Listenverbindung ein Mandat zu erringen. Wenn diese wieder die Stimmen erhält, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten hat, behält sie ungefähr soviel Reststimmen übrig, wie der Zentrumspartei fehlen. Da bei den früheren Wahlen eine Listenverbindung nicht möglich war, mußten Wahlabkommen mit anderen Parteien abgeschlossen werden, die sich jedesmal als Fehlschlag erwiesen. Aus diesem Grunde wird die Aufstellung einer eigenen Liste von den Zentrumswählern lebhaft begrüßt. Eine Listenverbindung sind auch die Demokraten und Volksparteiler eingegangen. Der bisherige Landtag bestand aus 9 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationalen, 3 Volksparteilern und je einem Abgeordneten der Demokraten, Völkischen, Volksrechtparteiler und je einem Abgeordneten der Demokraten, Völkischen, Volksrechtparteiler und Kommunisten. Die dreiköpfige Landesregierung wurde von den Sozialdemokraten, Demokraten und der Volkspartei gestellt.

Die Einführung der lateinischen Schrift in der Türkei.

Angora, 25. Dez. In den drei letzten Monaten haben in allen Schulen mehrere hunderttausend Schüler, ferner alle Beamten und die ganze Armee die lateinischen Buchstaben lesen und Schreiben gelernt. Die im ganzen Land für erwachsene Analphabeten eröffneten Staatsschulen haben allein in Stambul 200 000 Besucher. Der Unterrichtsminister hat Vorkehrungen getroffen, um im komenden Jahr die Unterweisung von 400 000 Männern und Frauen zu sichern. Ein in lateinischen Lettern gedrucktes Buch wird in der Türkei zum ersten Mal in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestellt.

Feuergefecht in der Bochumer Sparkasse.

:: **Bochum,** 26. Dez. Am Heiligen Abend wurde auf die Räume der Bochumer Stadthauptkasse ein Einbruchversuch unternommen. Die Polizei, die rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte, umstellte die gesamten städtischen Gebäude in der Trankgasse. Einer der Einbrecher flüchtete auf die Toilette, schloß sich ein, und versuchte sich mit dem Revolver zu verteidigen, sodaß die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch machten. Der Eingeschlossene wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb. Es handelt sich um einen angeblich aus Stettin zugereisten Erwerbslosen. Die übrigen Täter entkamen ohne Beute.

Prügelei zwischen Piskator und Wilhelm Herzog.

o **Berlin,** 24. Dez. In dem Garderobenraum eines Kabaretts im Westen kam es gestern abend zu einer Prügelei zwischen dem früheren Theaterdirektor Piskator und dem Schriftsteller Wilhelm Herzog. Herzog hatte in seiner Zeitschrift „Das Forum" seit längerer Zeit eine Pressefehde gegen Piskator geführt. Bei der Begegnung gestern abend trat Piskator auf Wilhelm Herzog zu und schlug ihm zwei Mal mit der Faust auf den Kopf. Herzog setzte sich zur Wehr und es entstand ein längeres Handgemenge, das erst von anderen Personen getrennt werden mußte. Die Prügelei wird wahrscheinlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Fehde zwischen Piskator und Wilhelm Herzog hat darin ihre Ursache, daß Piskator im Forum seit längerer Zeit heftig angegriffen wurde, wobei ihm hauptsächlich „Konjunkturkommunismus" zum Vorwurf gemacht wurde. Wilhelm Herzog ist kürzlich aus der K. P. D. ausgeschlossen worden.

Großfeuer.

Vier Feuerwehrleute verletzt.

)(**Heiligenstadt,** 26. Dez. Im nahen Geisleben brach heute früh in dem Gehöft des Landwirts Knoche infolge Kurzschlusses ein Brand aus, der in der mit großen Stroh- und Futtervorräten gefüllten Scheune reiche Nahrung fand. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus und griff auf die Nachbargrundstücke von Bode und Kaufhold über. Im Augenblick stand ein großer Gebäudekomplex in hellen Flammen. Während die Häuser von Knoche und Bode gerettet werden konnten, ist das Haus Kaufholds niedergebrannt. Zahlreiches Kleinvieh ist in den Flammen umgekommen. Vier Feuerwehrleute erlitten teilweise schwere Verletzungen.

Brandstiftung.

Mühlhausen (Thüringen), 26. Dez. Im benachbarten Görmar brach in der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag ein Feuer aus; das dritte innerhalb der beiden letzten Monate. Es brannte die große Doppelscheune des Gemeindevorstehers Schollmeyer mit sämtlichen Erntevorräten vollkommen nieder. Aus der Tatsache, daß dieser Brand seit kurzer Zeit der zweite ist, der den Gemeindevorsteher betroffen hat, und daß ferner die Feuerwehr die Tür des Spritzenhauses verrammelt fand, wird geschlossen, daß auch dieses auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Die Bevölkerung ist sehr erregt.

6 Tote bei einem Hotelbrand in Schweden.

◆ **Göteborg,** 25. Dez. Heute früh 4 Uhr brach im Hotel Högberg in Tidaholm ein Großfeuer aus, durch das das aus zwei dreistöckigen Häusern bestehende Hotel völlig eingeäschert wurde. Sämtliche Hotelgäste konnten gerettet werden, doch sind vom Hotelpersonal fünf Frauen und ein Junge in den Flammen umgekommen. 50 Meter von der Brandstätte befindet sich eine Zündholzfabrik, zum Glück aber trieb ein starker Wind die Flammen in die entgegengesetzte Richtung. Das Feuer war in der Heizungsanlage des Hotels entstanden.

Großer Hotelbrand in Amerika.

:: **Newyork,** 26. Dez. In Akron (Ohio) brach aus bisher unbekannter Ursache im Park-Hotel ein Feuer aus, das sich sehr rasch auf das ganze Gebäude ausdehnte. Das Hotel wurde hauptsächlich von Handwerkern und Angestellten aufgesucht, die in den umliegenden Gummifabriken beschäftigt waren. Bei der allgemeinen Panik konnten sich sechs Personen nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und verbrannten am lebendigen Leibe. Eine Anzahl anderer erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden. Das Hotel brannte vollkommen aus.

Schiffsuntergang im Nordostsee-Kanal

⊙ **Brunsbüttelkoog,** 26. Dez. Im Nordostseekanal in der Kudensee Weiche stießen am Sonnabend bei dem plötzlich einsetzenden starken Nebel der mit Holz beladene Hamburger Dampfer „Rheinland" und der Hamburger Motorleichter „Veter", der Oelkuchen für Dänemark geladen hatte zusammen. Letzterer wurde so stark beschädigt, daß er bald sank und nur fünf Meter unter der Wasserlinie liegt. Die Besatzung konnte sich retten. Der Dampfer „Rheinland" erlitt starken Plattenschaden an der vorderen Backbordseite. Er machte im Binnenhafen zur Notreparatur fest. Die Schiffahrt ist an der Unfallstelle behindert. Es wird mit allen Mitteln versucht, die Fahrrinne wieder freizumachen und den Motorleichter an die Seite zu schieben.

Vermischte Nachrichten.

Schlägereien in der Weihnachtsnacht.

() **Gelsenkirchen-Buer,** 26. Dez. In der ersten Weihnachtsnacht kam es in Buer-Hassel nach einem Trinkgelage zwischen Nachbarsleuten zu Streitigkeiten, an denen sich auch die weiblichen Familienangehörigkeiten beteiligten. Fünf Personen wurden schwer verletzt. In derselben Nacht kam es auf einer anderen Stelle zu einer Schlägerei zwischen den Angehörigen zweier Familien, die ebenfalls einen blutigen Ausgang nahm. Einem der Ehemänner wurde von seinem Gegner mit einem Rasiermesser der Bauch aufgeschlitzt, während der andere einen Nasenbeinbruch davontrug. Die beiden Schwerverletzten mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die übrigen Teilnehmer an der Schlägerei kamen mit geringen Verletzungen davon.

61 Verletzte durch Glatteis.

:: **München,** 26. Dez. Der am Dienstag abend eintretende Witterungsumschlag hat infolge der damit verbundenen Glatteisbildung den Fußgänger- und Fahrverkehr während der Nacht und noch am Morgen des zweiten Feiertags fast völlig lahmgelegt. Während dieser eit erlitten 61 Personen, die auf der Straße zu Fall kamen, Verletzungen, die die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe notwendig machten. Außerdem waren noch zahlreiche geringfügigere Verletzungen zu verzeichnen. Straßenbahn und Autos konnten sich nur im Schritt vorwärts bewegen.

Zugunfall in Lothringen.

)) **Metz,** 26. Dez. Bei Hagendingen auf der Strecke Metz—Diedenhofen ereignete sich ein Zugunfall, bei dem zwei Reisende schwer und fünf leicht verletzt wurden. Der Lokomotivführer eines Personenzuges wollte einen schwerverletzten Bremser auf schnellstem Wege in ein Krankenhaus bringen und fuhr deshalb mit seinem Zug zurück. Dabei stieß der Personenzug mit einem entgegenkommenden Ersatzzug zusammen, dessen Wagen völlig zertrümmert wurden.

Der schwedische Gesandte in Paris im D-Zug Paris—Warschau bestohlen.

◇ **Paris,** 26. Dez. Der schwedische Gesandte in Paris, Bondi, ist nach einer Meldung aus Verviers am Montag im D-Zug Paris—Warschau das Opfer von Eisenbahndieben geworden, die den Koffer sowie die Pelze des Gesandten und die seiner Gattin aus dem Abteil stahlen, als sich beide im Speisewagen aufhielten.

Der Raubmord an einem deutschen Vorarbeiter in Irland.

◆ **London,** 26. Dez. Wie aus Limerick (Irland) gemeldet wird, ist dort am Montag abend der beim Bau des Shannon-Kraftwerkes beschäftigte Arbeiter John Cox unter dem Verdacht verhaftet worden, in der Nacht zum Sonnabend den bereits gemeldeten Raubmord an dem Vorarbeiter Jakob Kunz aus Deutschland verübt zu haben. Wie die Polizei mitteilt, sind bei dem Verhafteten die 80 Pfund gefunden worden, die Kunz geraubt worden sind.

Ein Flugzeug in Melbourne abgestürzt.

:: **London,** 26. Dez. In den Außenbezirken Melbournes ist am Nachmittag des zweiten Feiertages ein kleiner Eindecker aus einer Höhe von etwa 70 m brennend abgestürzt. Die beiden Insassen sind in den Flammen umgekommen.

Das Erdbeben auf den Philippinen.

o **Manila,** 23. Dez. Die Stadt Cotto Bato (Provinz Mindanor) ist außer dem Erdbeben in der Nacht zum Mittwoch auch noch von einer Springflut heimgesucht worden. Die Stadt ist so gut wie zerstört. Soweit bisher bekannt, sind vier Personen getötet und 102 verletzt worden. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Dollar.